

03.02.2005 - 13:35 Uhr

## Jugendarbeitslosigkeit: Jugendverbände forderten Bundesrat Deiss in einem Brief und Gespräch zum sofortigen Handeln auf

Bern (ots) -

Bern, 03.02.2005. Die Lage der Jugendarbeitslosigkeit ist dramatisch. Zu diesem Schluss kommen auch die Bundesratsparteien, welche dieses Thema für die Von-Wattenwyl-Gespräche vom 11.2.05 traktandiert haben. Der zuständige Bundesrat Joseph Deiss empfing heute eine Delegation des Schweizerischen Komitees gegen Jugendarbeitslosigkeit und nahm einen Offenen Brief entgegen, der ihn zum Handeln auffordert. Das Gespräch dauerte deutlich länger als vorgesehen und schälte Gemeinsamkeiten und Differenzen heraus.

Bundesrat Deiss ist wie das SKJA der Meinung, dass das Problem ernst zu nehmen ist und nicht über eine Verfassungsänderung zwecks Steuerabzügen für auszubildende Betriebe auf die lange Bank geschoben werden darf. Er will bei jeder Gelegenheit die Wirtschaft an ihre Versprechen im Vorfeld der Abstimmung über die Lehrstellen-Initiative (lipa) erinnern, selbst genügend Ausbildungsplätze schaffen zu wollen. Im Bereich der Schnittstelle abgeschlossene Berufsbildung/Eintritt ins Beschäftigungssystem will BR Deiss mit mehr Motivationssemestern und Praktikumsplätzen Jugendlichen helfen. Im Bereich der Schnittstelle Volksschule/Eintritt in die Berufsbildung blieben die Differenzen zwischen BR Deiss und SKJA grösser. Deshalb hält das SKJA im Hinblick auf die Von-Wattenwyl-Gespräche fest:

Die Regierung muss vom neuen Artikel 13 des Berufsbildungsgesetz (befristete Massnahmen bei Ungleichgewicht auf dem Lehrstellenmarkt) Gebrauch machen. Dabei fordert das SKJA insbesondere:

Das Angebot der Lehrwerkstätten, Handelsmittelschulen, u.ä. muss um 10 Prozent erhöht werden. Die Brückenangebote (10.Schuljahr u.ä.) müssen einen klaren Bildungsauftrag erhalten (zB anerkannte Basislehrjahre), koordiniert werden und überall gratis zugänglich sein.

Und das SKJA richtet sich für die bereits Ausgelernten an die Wirtschaft und verlangt:

Ausgelernte müssen im Lehrbetrieb während eines Jahres weiterbeschäftigt werden, sofern dies nicht zu Lasten der beruflichen Grundbildung geschieht. Die Betriebe, welche in der beruflichen Grundbildung nicht aktiv sind, müssen während eines Jahres LehrabgängerInnen zu einem Teilzeitpensum zum branchenüblichen Grundlohn übernehmen. Für die verbleibenden 1 bis 2 Wochentage werden den Jugendlichen Weiterbildungsprogramme angeboten. Das SKJA ist überzeugt, dass Joseph Deiss unsere Jugend nicht im Stiche lassen wird und zum Handeln bereit sein wird. Das SKJA ist auch der festen Meinung, dass die notwendigen staatlichen Investitionen für die Zukunft der Schweizer Jugendlichen gut investierte Mittel sind und zur Vermeidung langfristiger Kosten einen erheblichen Beitrag leisten.

[www.jugendarbeitslosigkeit.ch](http://www.jugendarbeitslosigkeit.ch)

Für weitere Auskünfte:

Mario Antonelli, KV Schweiz-Jugend, 079 690 99 69

Rahel Imobersteg, Juso Schweiz, 079 297 70 38  
Jean Christophe Schwaab, Unia-Jugend, 078 690 35 09  
Peter Sigerist, SGB-Jugend, 079 404 56 85

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100485726> abgerufen werden.